

## Für eine lebenswerte Zukunft

IM WETTBEWERB...

DEMONSTRATIONEN – „Solidarisch durch die Krise“ mit ver.di und ihren Bündnispartnern

Putins Angriffskrieg auf die Ukraine trifft auch uns: Viele wissen nicht, wie sie ihre Gas- und Stromrechnung bezahlen sollen, haben Angst, ihre Wohnung zu verlieren und/oder vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen zu werden – denn alles wird immer teurer. Doch in dieser Krise stehen wir solidarisch an der Seite der Ukraine. Was wir allerdings benötigen, ist eine solidarische Politik. Energie, Mobilität, Ernährung und Wohnen sowie soziale und kulturelle Teilhabe müssen für alle bezahlbar sein und bleiben. Dafür gehen wir am 22. Oktober in Berlin, Dresden, Düsseldorf, Frankfurt, Hannover und Stuttgart auf die Straße.

In einem gemeinsamen Bündnisaufruf von ver.di, Campact, BUND, dem Paritätischen Gesamtverband, der Bürgerbewegung Finanzwende, attac, Greenpeace, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und dem Bundesverband Volkssolidarität heißt es unter anderem: „Bisher wird in der Ampel ein konsequenter, solidarischer Wandel blockiert. Das wollen wir ändern. Gemeinsam gehen wir auf die Straßen – für solidarische Politik und Klimaschutz, gegen Spaltung und Hetze!“

### Es braucht eine Wende

Das Bündnis, das unter #SolidarischerHerbst in den Sozialen Medien zu den Demonstrationen aufruft und informiert, fordert neben zielgerichteten Entlastungen für drin-



gend Unterstützungsbedürftige eine Gesamtstrategie für eine nachhaltige, bezahlbare Grundversorgung sowie massive Investitionen im Bereich der erneuerbaren Energien und Energieeinsparungen. Für die Finanzierung, so das Bündnis, brauche es eine grundlegende Wende in der Finanz- und Haushaltspolitik, die neben der Abschöpfung von Übergewinnen und der Besteuerung von großen Vermögen auch das Aussetzen der Schuldenbremse und den Abbau klimaschädlicher Subventionen beinhaltet.

Der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke betont: „Jetzt muss dafür gesorgt werden, dass die entscheidenden Maßnahmen – ein wirksamer Strom- und ein Gaspreisdeckel – und weitere Direkthilfen für Menschen mit niedrigen bis mittleren Einkommen unmittelbar und sofort

umgesetzt werden, damit viele Menschen in wenigen Wochen nicht in einer finanziellen Katastrophe landen.“

Ob es in diesem Winter gelinge, die Gesellschaft vor dem Auseinanderbrechen zu bewahren und gleichzeitig die klimapolitischen Weichen zu stellen – das hänge entscheidend davon ab, wie viel Solidarität die Ampel einzufordern bereit sei. Da ist sich das Bündnis einig. Die Regierung „hat es in der Hand, wie dieser Winter wird: Einer der Verzweiflung und Wut. Oder einer mit neuer Zuversicht für eine sozial gerechtere, ökologische und lebenswerte Zukunft.“

Petra Welzel

Alle wichtigen Infos unter [kurzlinks.de/kfku](https://kurzlinks.de/kfku)

#SolidarischerHerbst

... „Die gelbe Hand“ werden noch bis zum 15. Januar 2023 Beiträge gesucht, die ein kreatives Zeichen gegen Rassismus, Ausgrenzung und für ein solidarisches Miteinander setzen. Die Beiträge müssen 2021 oder 2022 entstanden und dürfen noch bei keinem anderen Wettbewerb prämiert worden sein. Der Darstellungsform sind hingegen keine Grenzen gesetzt. Teilnehmen können Gewerkschaftsjugend, Schüler\*innen an Berufsschulen/-kollegs und alle Jugendlichen, die sich derzeit in einer beruflichen Ausbildung befinden. Die Preise werden im März 2023 vom Verein „Mach meinen Kumpel nicht an“ in München verliehen.

[gelbehand.de](https://gelbehand.de)

### Krawall

„Es geht Friedrich Merz nicht um Lösungen in der Krise, sondern um Krawall.“

Der SPD-Vorsitzende Lars Klingbeil über den CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz

#### KONJUNKTUR

**Keine Lohn-Preis-Spirale**  
IMK fordert wirksame Energiepreisdeckelungen

SEITE 2

#### BANKEN

**Unternehmen in der Pflicht**  
ver.di fordert finanzielle Hilfen per Tarifvertrag für Servicegesellschaften

SEITE 3

#### REPORT

**Mängel in der Ausbildung**  
Markt hat sich noch nicht vom Corona-Schock erholt

SEITE 4

#### UMFRAGE

**Angegriffene Gesundheit**  
Beschäftigte der Ver- und Ent-sorgung kritisieren Arbeitsbedingungen

SEITE 5

#### BSG

**In Abläufe eingegliedert**  
Weisungsgebundene Musikschullehrerin setzt sich durch

SEITE 6

#### ZUKUNFT

**Chance für Morgen**  
Drei Tage Diskussion über die Welt im Umbruch

SEITE 7

# Keine Lohn-Preis-Spirale

## Wir brauchen ein gerechteres Modell

Der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke hat folgendes Sondervotum zum Zwischenbericht der Expert\*innen-Kommission Erdgas und Wärme abgegeben:

„Das vorgeschlagene Modell der Gaspreisbremse ist nicht ausreichend sozial ausbalanciert. Durch das Modell wird eine Zwei-Zimmer-Wohnung genauso behandelt wie eine Villa mit Pool. Deshalb brauchen wir für ein gerechteres Modell zusätzliche soziale Haltelinien. Um Haushalte mit geringen bis durchschnittlichen Einkommen finanziell nicht zu überfordern, müsste ein Mengen-Grundkontingent pro Haushalt (Vorschlag: 4000 kWh) zu einem Preis aus der Zeit vor der Krise eingezogen werden. Dieses ist auch

notwendig, um die Haushalte zu berücksichtigen, die bereits in der Vergangenheit in erheblichem Umfang aus finanziellen Gründen den Gasverbrauch einschränken mussten. Darüber hinaus müsste für Privathaushalte eine Obergrenze (Vorschlag: 25 000 kWh) definiert werden, damit diejenigen mit hohem Einkommen und Verbrauch nicht über Bedarf gefördert werden. Der vorliegende Bericht beinhaltet, trotz der unzureichenden sozialen Balance, konkrete Verbesserungen. Ich stimme dem Bericht deshalb zu und fordere, im folgenden politischen Prozess konkrete Verbesserungen an der Gaspreisbremse mit sozialen Haltelinien umzusetzen.“

## NEUE KONJUNKTURPROGNOSE – IMK fordert wirksame Energiepreisdeckelungen

(pm) Der massive Anstieg der Energiepreise als Folge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und von eingestellten Gaslieferungen stellt einen in der Nachkriegszeit einmaligen Preisschock für die deutsche Wirtschaft dar. In ihrer neuesten Konjunkturprognose geht das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung davon aus, dass der drastische Kaufkraftverlust dazu führen wird, dass der private Konsum zurückgeht. Das werde das Wachstum belasten.

Für 2022 gehen die Ökonom\*innen des IMK zwar noch von einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 1,6 Prozent aus, für 2023 wird

Sebastian Dullien, Alexander Herzog-Stein, Peter Hohlfeld, Katja Rietzler, Sabine Stephan, Silke Tober, Thomas Theobald, Sebastian Watzka: **Energiepreisschocks treiben Deutschland in die Rezession. Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung 2022 und 2023.** IMK Report Nr. 177, September 2022. Download: [kurzlinks.de/y610](https://www.kurzlinks.de/y610)

es nach der derzeitigen Prognose um 1 Prozent schrumpfen. Gegenüber seiner Prognose vom Juni senkt das IMK damit seine Wachstumserwartung für dieses Jahr um 0,3 Prozentpunkte und für 2023 um 3,6 Prozentpunkte.

## Wichtiger Beitrag

Das IMK geht aber davon aus, dass die Lage am Arbeitsmarkt trotz der Rezession relativ stabil bleibt; die Arbeitslosigkeit werde aufgrund von Kurzarbeit lediglich moderat ansteigen. Von einer Preis-Lohn-Spirale gehen sie aktuell nicht aus. Höhere Tarifabschlüsse als in den Vorjahren und die Anhebung des Mindestlohns leisteten „einen wichtigen Beitrag dabei, die Realeinkommen der abhängig Beschäftigten nicht noch stärker zurückgehen zu lassen“, heißt es in dem Bericht.

Sie fordern steuerliche Maßnahmen. Die Bundesregierung solle Privathaushalte und Unternehmen durch wirkungsvolle Energiepreisdeckelungen entlasten. Dagegen

müsse die Europäische Zentralbank (EZB) in ihrer Zinspolitik behutsam vorgehen. Schließlich könne die Notenbank gegen die Preisschübe durch importierte Energie nichts direkt ausrichten. Vielmehr riskiere sie, die Konjunktur noch weiter zu schwächen.

Der Börsenpreis für Erdgas ist gegenüber 2019 um mehr als 1000 Prozent gestiegen. Wegen längerfristiger Verträge mit den Versorgungsunternehmen sei diese Steigerung bei den Verbraucher\*innen größtenteils noch nicht angekommen. Der überwiegende Teil der Preissteigerungen werde daher im kommenden Winterhalbjahr zu Buche schlagen, so das IMK. Das führe zu einem starken Anstieg der Inflation. Die Expert\*innen des IMK gehen im vierten Quartal von einem Anstieg der Verbraucherpreise um rund 10 Prozent aus. Im Jahresdurchschnitt 2022 werden es dann 7,8 Prozent sein. Für das kommende Jahr rechnet das IMK mit einer etwas nachlassenden Inflation von 5,7 Prozent im Jahresmittel.

## DIE PRESSE-SHOW

Am 5. Oktober witterte und twitterte *Die Welt* „Trügerische Erfolge“, eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) zeige „das wahre Problem der Gewerkschaften“. „Generell haben die Gewerkschaften im Langzeitvergleich einen Großteil ihrer Mitglieder verloren – und Neuzugänge können die Lücke nicht füllen. Seit der Wiedervereinigung brach die Mitgliederzahl der acht Teilgewerkschaften des DGB um etwa die Hälfte ein“, heißt es da. Nur: Neu ist das nicht, das Problem ist seit Jahren bekannt.

## Überraschende Entwicklung

Neu hingegen ist eine aktuelle Entwicklung, über die *Die Welt* staunt: „Umso überraschender ist angesichts dieser Entwicklung, dass dieses Jahr viele Tarifrunden mit einem Plus von annähernd 20 Prozent endeten, seien es Hafentarbeiter, Flughafenpersonal oder Reinigungskräfte. Am Verhandlungstisch haben die Gewerkschaften

einen ziemlichen Run“, wird festgehalten.

Am selben 5. Oktober widmet sich der österreichische *Falter* dem rechts wählenden Facharbeiter. Und fragt den Soziologen Klaus Dörre, ob die Gewerkschaften schlichtweg veraltet und nicht mehr zeitgemäß seien. Dörre antwortet: „Die Gewerkschaften als Dinosaurier des Industriezeitalters, das Argument gibt es schon lange. Das ist ein maximaler Irrtum, weil wir in allen Bereichen der sich neu strukturierenden Arbeitswelt erleben, dass ohne Gewerkschaften gar nichts geht. Denken Sie nur an die Streiks und Arbeitskämpfe im Sozialsektor, also im Gesundheitswesen, in der Pflege, der Kinderbetreuung. Damit hätten wir vor 15 Jahren nie gerechnet. Wir haben gerade einen Neun-Wochen-Streik in den Unikliniken in Nordrhein-Westfalen gehabt, dabei wurde ein Tarifvertrag durchgesetzt, der erstmals auch auf die Personalbemessung Einfluss nimmt.“ Nur nebenbei sei hier angemerkt, dass

wie die oben schon genannten Erfolge auch diese Streikerfolge alle im Bereich von ver.di eingefahren wurden.

## Haarsträubende Misstände

Und das auch, weil bei ver.di richtige Leute sind. Die *Norddeutschen Neuesten Nachrichten* stellen am selben Tag Hamani Amadou vor. Hamani lebt in Rostock, wo er als ver.di-Sekretär für die ITF, die Internationale Transportarbeiter-Förderung tätig ist. Gerade erst hat er „haarsträubende Misstände an Bord von Seeschiffen aufgedeckt“, „in einem Fall katastrophale Zustände wie Dreck und Ungeziefer in Kombüse und sanitären Einrichtungen“. Hamani kommt aus Niger, war dort schon Gewerkschafter und spricht fließend Deutsch, Englisch, Französisch und mehrere afrikanische Sprachen. An Bord internationaler Schiffe ist das viel wert. Und was sagt uns das alles? Erfolge trügen selten. *Petra Welzel*

# Unternehmen in der Pflicht

**BANKEN** – ver.di fordert finanzielle Hilfe per Tarifvertrag für Servicegesellschaften

(ml) In der Bankenbranche gibt es nicht nur Spitzenverdiener\*innen. Insbesondere für die Beschäftigten in den Servicegesellschaften reicht das Einkommen nicht mehr aus, um durch diesen Winter zu kommen. ver.di fordert deshalb jetzt für sie per Tarifvertrag eine finanzielle Entlastung in Form eines Energiegeldes in Höhe von kurzfristig 1500 Euro in diesem Jahr und weiteren 1500 Euro für das kommende Jahr.

## Beratung und Servicearbeiten

Die Beschäftigten in den Gesellschaften sind das Rückgrat der Banken. Sie machen neben der Beratung – beispielsweise am Telefon – auch die Servicearbeiten für Kundinnen und Kunden, das heißt alles, was mit Konto, Kredit, Karten und der einfachen Sachbearbeitung zu tun hat. Obwohl sie in Tochtergesellschaften profitabler Banken angestellt sind, bekommen viele von ihnen nur Niedriglöhne, so ein Großteil der Beschäftigten in Ge-

sellschaften der Deutsche Bank AG wie etwa der DB Direkt GmbH, PCC Services und KEBA oder auch bei der Commerzbank AG bei der ComTS. Teilweise liegen die Gehälter nur knapp oberhalb des Mindestlohns.

Die in den genannten Servicegesellschaften geltenden Tarifverträge wurden aber zu einer Zeit abgeschlossen, als die jährliche Inflationsrate noch unter einem Prozent in Deutschland lag. Inzwischen ist alles ganz anders. Die wirtschaftlichen Folgen des Überfalls Russlands auf die Ukraine, wie die steigenden Energiekosten und eine stark steigende Inflationsrate, bringen Menschen besonders mit Niedriglöhnen in Existenznot. Es gibt Prognosen nach denen eine vierköpfige Familie mit bis zu 3700 Euro Mehrkosten für Gas und Strom in 2022 rechnen muss. Für Menschen mit Einkommen im Niedriglohnbereich wie beispielsweise in den Servicegesellschaften der Bankenbranche sind die enormen Preissteigerungen kaum tragbar.

Natürlich ist in der jetzigen gesellschaftlichen Ausnahmesituation der Staat gefragt. Aber auch die Unternehmen in der Bankenbranche sind in der Verantwortung. Dort wo es zeitnah nicht möglich ist, im Rahmen von regulären Entgelttarifrunden die Einkommen der Beschäftigten an die gestiegenen Kosten anzugleichen, ist eine zusätzliche Entlastung für sie notwendig. Das von ver.di geforderte Energiegeld könnte die schlimmsten Auswirkungen der Preissteigerungen abmildern.

## Arbeitgeber müssen Verantwortung übernehmen

Sowohl die Commerzbank AG als auch die Deutsche Bank AG haben in diesem Jahr bislang überraschend hohe Gewinne gemacht. Am Geld kann es also nicht liegen. Deshalb müssen sie und andere in der Branche jetzt die soziale Verantwortung übernehmen, insbesondere für die Beschäftigten mit niedrigen Einkommen wie in den Servicegesellschaften.



**JAN DUSCHEK** IST BEI VER.DI BUNDESFACHGRUPPENLEITER BANKGEWERBE

**K O M M E N T A R**

## Energiegeld muss her

Die hohe Inflation und der Anstieg der Energiepreise treffen auch viele Bankbeschäftigte hart. In der Bankenbranche gibt es eben nicht nur Spitzenverdiener\*innen, sondern vor allem Tarifbeschäftigte mit mittleren und eben auch niedrigen Einkommen. Und für sie wird es jetzt finanziell eng. Trotz laufender Entgelttarifverträge und Friedenspflicht war für uns klar: In einer solchen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ausnahmesituation können wir als ver.di nicht abtauchen, sondern müssen uns stark machen – zusammen mit und für unsere Mitglieder. Genau das wollen wir mit unserer tarifvertraglichen Energiegeldkampagne erreichen. In vielen Teilen der Branche gibt es bereits erste betriebliche Aktivitäten hierzu. Die Kampagne wirkt. Und wir sind zuversichtlich, dass wir in vielen Instituten auch ohne Streiks eine Entlastung in Form eines Energiegeldes durchsetzen können. Klar ist aber auch: Da, wo es im Rahmen von Entgelttarifrunden möglich ist, für eine lineare Gehaltserhöhung zu kämpfen, werden wir dies auch in der Bankenbranche tun.

# Rot-Grün kommt auf Mehrheit

**LANDTAGSWAHL** – Ministerpräsident Stephan Weil kann im Amt bleiben

(hla) Die Wahl in Niedersachsen hat ein klares Ergebnis gebracht. SPD und Grüne kommen auf eine klare Mehrheit der Sitze und könnten damit eine stabile Koalition für die kommenden fünf Jahre bilden. Damit wäre die letzte große Koalition auf Länderebene Geschichte.

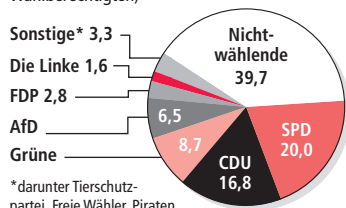
Der noch amtierende Ministerpräsident Stephan Weil, SPD, könnte beim Zustandekommen einer rot-grünen Koalition im Amt bleiben, auch wenn die SPD im Vergleich zu 2017 3,5 Prozentpunkte ihrer Stimmanteile verloren hat. Stark zugelegt bei der Landtagswahl haben die Grünen mit einem Plus von 5,8 Prozentpunkten und die AfD mit 4,7 Prozentpunkten mehr.

## FDP will ihre Rolle überdenken

Die FDP ist an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert. Ihr Bundesvorsitzender Christian Lindner machte dafür noch am Wahlabend die Be-

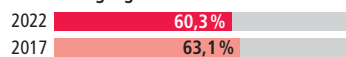
## Wahl zum Niedersächsischen Landtag 2022

Die realen Stimmenanteile (in Prozent aller Wahlberechtigten)



\*darunter Tierschutzpartei, Freie Wähler, Piraten

## Wahlbeteiligung



Quelle: Landeswahlleiterin Niedersachsen, vorläufiges Ergebnis, eigene Berechnungen

teiligung seiner Partei an der Ampel-Koalition auf Bundesebene verantwortlich. Er kündigte an, die Liberalen müssten ihre Rolle in der Regierungskoalition überdenken. Damit wird das Regieren für die Ampel sicherlich nicht einfacher, ist die FDP bereits vielfach durch ihre

Blockadehaltung in der rot-grünen Koalition aufgefallen.

Am 9. Oktober wurde auch in Cottbus gewählt. In einer Stichwahl um das Amt des Oberbürgermeisters der zweitgrößten Stadt Brandenburgs konnte sich der SPD-Kandidat Tobias Schick gegen den AfD-Kandidaten durchsetzen. Er erhielt 68,6 Prozent der Stimmen. Auch in Österreich wurde gewählt. Hier konnte Amtsinhaber Alexander van der Bellen die absolute Mehrheit der Stimmen bei der Wahl zum Bundespräsidenten auf sich vereinen. Er war als unabhängiger Kandidat angetreten. Von seinen sechs Gegenkandidaten wurden vier dem rechten Lager zugeordnet. Von den im Parlament vertretenen Parteien hatte nur die rechtsgerichtete FPÖ einen eigenen Kandidaten aufgestellt; er kam nach dem vorläufigen Endergebnis (ohne Briefwahlstimmen) auf 18 Prozent der Stimmen.



# Mängel in der Ausbildung

AUSBILDUNGSREPORT – Markt hat sich noch nicht vom Corona-Schock erholt

(pm) Fast jeder dritte Azubi macht Überstunden, viele müssen Aufgaben erledigen, die nichts mit der Ausbildung zu tun haben, die Betreuung durch die Ausbilder ist oft mangelhaft – das sind nur drei Ergebnisse des aktuellen Ausbildungsreports der DGB-Jugend.

## Rauer Umgangston

„Wer Fachkräfte will, muss gut ausbilden“, sagt DGB-Bundesjugendsekretär Kristof Becker. Gerade in Branchen, die für einen rauen Umgangston und für Mängel in der Ausbildung bekannt seien, hätten es die Arbeitgeber selbst in der Hand, neue Auszubildende zu finden. „Wenn die Ausbildungsqualität schlecht ist und die Perspektive fehlt, spricht es sich unter den jungen Menschen eben rum“, so Becker.

Der Ausbildungsmarkt habe sich „noch lange nicht vom Corona-Schock erholt“, sagte die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack. Im vergangenen Jahr hätten nicht einmal 70 Prozent aller bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Jugendlichen ei-

nen Ausbildungsplatz bekommen. Weniger als 20 Prozent der Unternehmen hierzulande bilden aus. Über 220 000 Jugendliche stecken hingegen jedes Jahr in den sogenannten Übergangmaßnahmen zwischen Schule und Ausbildung fest. Dazu kommen über 2,3 Millionen junge Menschen im Alter zwischen 20 und 34 Jahren, die keinen Berufsabschluss haben. Diesen Menschen droht ein Leben in prekärer Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Armut.

## Umlagefinanzierte Ausbildungsgarantie

Daher ist es nach Ansicht von Hannack und Becker höchste Zeit, dass die Bundesregierung aktiv wird und schnellstens die im Koalitionsvertrag angekündigte Ausbildungs-garantie einführt. Sie müsse umlagefinanziert werden, damit die Unternehmen einen Anreiz hätten, wieder mehr Ausbildungsplätze zu schaffen. Nur über die Umlagefinanzierung könnten die Ausbildungskosten unter allen Unternehmen fair verteilt werden. Mehr zur umlagefinanzierten Ausbildungsplatzgarantie unter [dgb.de/-/l9c](https://www.dgb.de/-/l9c)

## Schwierige Berufsorientierung

Schwerpunkt des diesjährigen Ausbildungsreports ist die Berufsorientierung. Die schulische Berufsorientierung schnitt in der Befragung schlecht ab: Fast drei Viertel bzw. 72,2 Prozent der Befragten gaben an, dass ihnen an der Schule kaum bei der Berufswahl geholfen wurde. Überdies haben nicht einmal 29 Prozent der Befragten die Berufsberatung der Agentur für Arbeit genutzt. Mangelhaft ist oft auch die fachliche Anleitung im Ausbildungsbetrieb. So stieg der Anteil derjenigen Auszubildenden, deren Ausbilder\*innen selten oder nie am Ausbildungsplatz verfügbar sind, mit 11,6 Prozent auf den höchsten seit 2008 dokumentierten Wert. Zudem gaben 13,2 Prozent der Auszubildenden an, Arbeitsvorgänge nur „selten“ oder „nie“ zufriedenstellend erklärt zu bekommen.

Der Ausbildungsreport kann hier heruntergeladen werden [dgb.de/-/lee](https://www.dgb.de/-/lee)

[ausbildung.info](https://www.dgb.de/-/lee)

## TARIFLICHES

**SICHERHEITSWIRTSCHAFT HESSEN** – (pm) ver.di und die hessische Landesgruppe des Bundesverbands der Sicherheitswirtschaft haben sich zum 1. Oktober auf eine vorgezogene Tarifeinigung für die rund 30 000 Beschäftigten verständigt. Die Erhöhungen betragen zwischen 6,15 und 17,7 Prozent, insbesondere die unteren Lohngruppen profitieren von deutlichen Steigerungen. Die Entlohnung in der niedrigsten Entgeltgruppe steigt von derzeit 12 auf 13 Euro.

**TÜV RHEINLAND KRAFTFAHRT GMBH/TÜV SAARLAND AUTOMOBIL GMBH** – (pm) Ergebnis ist die erste Verhandlungsrunde zwischen ver.di und der TÜV Rheinland Kraftfahrt GmbH sowie der TÜV Saarland automobil GmbH Anfang Oktober zu Ende gegangen. ver.di fordert von der Arbeit-

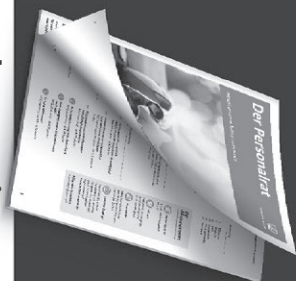
geberseite spürbare Verbesserungen für die allgemeine Vergütung der TÜV-Beschäftigten. Nach einer Befragung der ver.di-Mitglieder und Auswertung von 700 Fragebögen hat die Tarifkommission unter anderem folgende Forderungen für diese Tarifrunde beschlossen: 12 Prozent mehr für zwölf Monate, mindestens aber 440 Euro monatlich sowie einen Bonus für ver.di-Mitglieder. Etwa 1.600 Angestellte arbeiten bei der TÜV Rheinland Kraftfahrt GmbH und TÜV Saarland automobil GmbH. Am 19. Oktober soll weiterverhandelt werden.

**OMNIBUSVERBAND NORD (OVN)** – Der Omnibusverband Nord hat die für den 10. Oktober geplanten Tarifverhandlungen mit ver.di kurzfristig abgesagt. Dabei hatten sie den Termin selbst vorgeschlagen. Daraufhin hat die ver.di-Tarifkom-

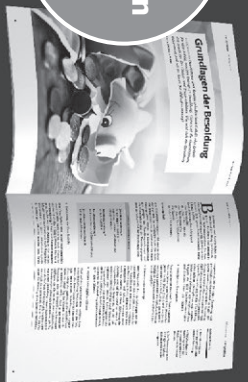
mission entschieden, an fünf Tagen Warnstreiks abzuhalten. Gleichzeitig hat ver.di dem Arbeitgeber zehn Verhandlungstermine angeboten, um zu einer Lösung zu kommen. Sollte das nicht gelingen, wird ver.di nach den Herbstferien weiter streiken. ver.di fordert eine Erhöhung von 1,95 Euro pro Stunde bei einer Laufzeit des Tarifvertrages von zwölf Monaten, weitere 1,95 Euro mehr für Werkstattmitarbeiter\*innen sowie die Übernahme des Jahresbeitrages der GUV/FAKULTA. Die Beschäftigten hatten bereits mehrfach gestreikt und auch Mitte September bei einer Großdemo in Kiel auf ihre Forderungen aufmerksam gemacht. ver.di Nord forderte die Kreise und Kommunen auf, für Streikzeiten die Verkehre bei den Busgesellschaften abzumelden und die Kosten nicht zu übernehmen.

**MITBESTIMMUNG  
EINE STIMME GEBEN.**

Mit »Der Personalrat«, der Fachzeitschrift für Personalrecht im Öffentlichen Dienst.



Zwei Ausgaben gratis testen!



Ihre Vorteile auf einem Blick:  
– 11 gedruckte Ausgaben im Jahr  
– regelmäßige Newsletter  
– Online-Datenbank mit 3 Zugängen  
– ePaper, barrierefrei durch Vorlesefunktion

Jetzt 2 Ausgaben gratis testen: [www.derpersonalrat.de/verdi](https://www.derpersonalrat.de/verdi)

**Unsere Kollegen  
leiden**

„Die Umfrage haben wir gemacht, um unsere Kollegen abzuholen, wie sie sich gerade fühlen, weil die Energiebranche ja gerade sehr im Umbruch ist. Die Ergebnisse der Umfrage haben mich zum Teil sehr erschreckt – was die Kollegen dort geantwortet haben. Was mich sehr erstaunt hat, ist, dass unsere Kollegen unser gutes Unternehmen nicht weiterempfehlen bei potenziellen Bewerbern. Dass sich die Kollegen so unwohl fühlen, das habe ich in dem Ausmaße nicht erahnt. Dadurch, dass die Umfrage anonym war, haben die Kollegen sehr ehrlich und sehr deutlich geantwortet. Wir werden uns das natürlich sehr genau anschauen und in unserem Betrieb eine psychische Gefährdungsanalyse ins Leben rufen mit unserem Arbeitgeber zusammen, weil wir merken, dass unsere Kollegen leiden.“

Mehr Infos zu der Umfrage unter [ver-und-entsorgung.verdi.de/branchen/umfrage](https://ver-und-entsorgung.verdi.de/branchen/umfrage)

# Angegriffene Gesundheit

UMFRAGE – Beschäftigte in der Ver- und Entsorgung kritisieren Arbeitsbedingungen

Bundesweit 14 570 Beschäftigte der kommunalen und privaten Betriebe in der Energie-, Wasser- und Abfallwirtschaft haben sich im Frühjahr 2022 an einer ver.di-Umfrage zu ihren Arbeitsbedingungen beteiligt und dabei auf erhebliche Probleme aufmerksam gemacht. Aufgrund der jetzt vorliegenden Befragungsergebnisse sieht ver.di im Bereich der Versorgungssicherheit zahlreiche dringende Handlungsbedarfe.

Unter anderem hat die Umfrage in der Ver- und Entsorgungswirtschaft ergeben, dass viele der Befragten trotz hoher Identifikation mit ihrer Arbeit nicht für eine Tätigkeit im eigenen Betrieb werben würden. Sie fühlten sich nur unzureichend geschult, strukturell überlastet und gesundheitlich angegrif-

fen. Es müssten schnelle Schritte erfolgen, um die Beschäftigten zu entlasten und die Tätigkeiten attraktiver zu machen, damit neues Personal eingestellt werden könne, sagt Christoph Schmitz, der im ver.di-Bundesvorstand für die Beschäftigten in der Ver- und Entsorgung zuständig ist.

Nur unzureichend informiert fühlen sich die Beschäftigten laut der Umfrage auch über Weiterbildungsangebote. Vor allem in kleineren Betrieben kümmert sich kaum jemand um Fort- und Weiterbildung. Ein überraschend großer Anteil der Beschäftigten gibt darüber hinaus an, für die aktuellen Arbeitsaufgaben nicht ausreichend qualifiziert zu werden. Ein noch größerer Teil fühlt sich für künftige berufliche

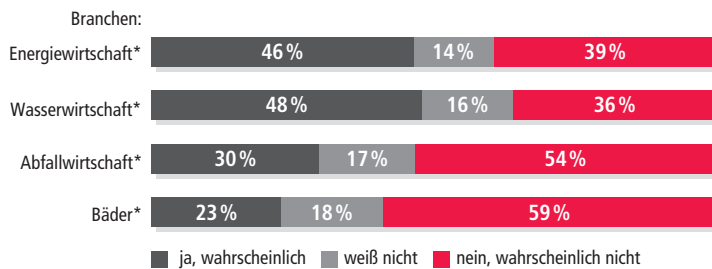
Anforderungen nicht ausreichend qualifiziert.

Ein großer Teil der Befragten kritisiert zudem, dass die Arbeitsintensität in den letzten Jahren stark zugenommen habe, und gibt an, unter den derzeitigen Anforderungen ihre jetzige Tätigkeit „wahrscheinlich nicht“ ohne Einschränkungen bis zum Rentenalter ausüben zu können. Bei den Belastungen, die dazu beitragen, überwiegen soziale und emotionale Belastungen. In der Wasser- und Abfallwirtschaft kommen körperliche Belastungen hinzu. Je häufiger Nacharbeit geleistet wird, desto kritischer werden die Arbeitsbedingungen eingeschätzt.

Angebote, die die Gesundheit erhalten oder wiederherstellen gibt es laut Umfrage nur in einem Teil der Betriebe. Weniger als die Hälfte der Befragten erklären, dass es bei ihnen solche Angebote gibt. Dabei werden solche Gesundheitsangebote gerade von der Mehrheit der Beschäftigten, die sie nicht bekommen, als wichtig angesehen.

Viele Beschäftigte fühlen sich zudem nicht leistungsgerecht bezahlt. Des Weiteren, wenn auch mit großem Abstand zum finanziellen Anliegen, wünschen sich die Beschäftigten gute Regelungen zu mobiler Arbeit und eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

## Ohne Einschränkungen bis zur Rente?



\*einschließlich Beschäftigte aus Stadtwerken aus der jeweiligen Branche

QUELLE: VER.DI-UMFRAGE: GUTE ARBEIT IN DER VER- UND ENTSORGUNG, 2022

## Wie stark sind wir?

ÖFFENTLICHER DIENST – Umfrage soll klären, wie stark die Unterstützung ist

(ml) Anfang 2023 steht die Tarifrunde für die rund 2,5 Millionen Beschäftigten bei Bund und Kommunen an. Weit über hunderttausend Beschäftigte haben inzwischen ihre Wünsche diskutiert und ihre Meinung abgegeben, digital und vor Ort. Am 11. Oktober, einen Tag nach Druckbeginn dieser Ausgabe der ver.di-news, wird die Bundestarifkommission auf dieser Grundlage die Tarifforderung beschließen. Aktuelle Infos dazu unter [zusammengeht-mehr.verdi.de](https://zusammengeht-mehr.verdi.de)

Mit vielen Unterstützer\*innen im Rücken verhandelt es sich besser. Um vor Beginn der Verhandlungen zu klären, wie stark die Unterstützung für die Tarifforderung ist, wird

ver.di bis zum 16. Dezember einen Stärketest durchführen. Die Unterschriftenlisten sowie weitere Informationen stehen dazu ab 17. Oktober ebenfalls auf der Kampagnenseite zur Verfügung: [zusammengeht-mehr.verdi.de](https://zusammengeht-mehr.verdi.de)

Für die Befragung gehen Vertrauensleute, ver.di-Mitglieder und alle, die unterstützen wollen, in Dienststellen, kommunale Betriebe und Einheiten und sammeln dort Unterschriften von Beschäftigten, die hinter den Forderungen stehen. Die ausgefüllten Zettel werden in den ver.di-Bezirken gezählt und online auf der Kampagnenseite laufend hochgerechnet. So sieht jede\*r regelmäßig, wie die Zahl der Unter-

stützer\*innen steigt. Erste Erfahrungen mit diesem neuen Stärketest haben die Beschäftigten auf dem Betriebshof der Berliner Stadtreinigung (BSR) und bei der Charité gemacht. Darüber berichten zwei Beschäftigte in einem Video, das ab 17. Oktober ebenfalls auf der Kampagnenseite zur Verfügung steht.

### Wie werden wir mehr

Best-Practice-Austausch zur Tarifrunde. Die nächsten Termine (Zoom-Meeting) sind am 1. November und 6. Dezember, jeweils von 18 bis 19 Uhr. Mehr Infos: [zusammengeht-mehr.verdi.de/best-practise-austausch](https://zusammengeht-mehr.verdi.de/best-practise-austausch)

AUCH DAS NOCH

**Nicht immer bindet ein Vergleich**

(dgb-rs) Ist ein Betriebsrat zum Verzicht auf sein Amt verpflichtet, wenn er diesen in einem Vergleich mit dem Arbeitgeber vereinbart hat? Nein, entschied jüngst das Arbeitsgericht Neumünster. Hier wehrte sich der 30-jährige Betriebschlosser gegen seine fristlose, hilfsweise außerordentliche Kündigung, mit der ihn sein Arbeitgeber nach der erneuten Kandidatur loswerden wollte. Zum Zeitpunkt des Rechtsstreits hatten ihn seine Kolleg\*innen erneut in den Betriebsrat gewählt. Der Arbeitgeber hingegen argumentierte, der Mann habe gegen die mit dem Vergleich übernommene Verpflichtung verstoßen. Das hätte – unabhängig von einer strafrechtlichen Bewertung – zu einem erheblichen Vertrauensverlust geführt. Das Arbeitsgericht ließ die Kündigung nicht gelten. Man könne nicht für die Zukunft auf eine Kandidatur für den Betriebsrat verzichten. Regelungen, die vom Gesetz abweichen, dürften eine individualrechtliche Vereinbarung nicht bestimmen. Die Möglichkeit, den Verzicht auf eine Kandidatur für die Zukunft zu vereinbaren, öffne Manipulationsmöglichkeiten Tür und Tor, heißt es in einem Bericht der DGB-Rechtsschutz GmbH zu dem Fall. In diesem Fall fehlte übrigens auch die nach dem Gesetz erforderliche Zustimmung des Betriebsrates zur fristlosen Kündigung des Betriebsratsmitglieds.  
**Aktenzeichen**  
**3 Ca 191 a/21**

# In Abläufe eingegliedert

**BUNDESZOIALGERICHT – Weisungsgebundene Musikschullehrerin setzt sich durch**

(dgb-rs) Wer eine Tätigkeit nach Weisung ausübt und in die Arbeitsorganisation des Arbeitgebers eingegliedert ist, unterliegt grundsätzlich der Sozialversicherungspflicht. Das hat jüngst das Bundessozialgericht entschieden. Geklagt hatte eine Musikschullehrerin. Mit Unterstützung des Gewerkschaftlichen Centrums für Revision und Europäisches Recht konnte sie ihre Sozialversicherungspflicht durchsetzen.

Seit Jahren hatte die Frau auf Basis von Honorarverträgen Klavier und Keyboard unterrichtet. Pro Unterrichtsstunde erhielt sie ein festgelegtes Honorar. Sie musste die Räume und das Klavier der Musikschule nutzen und sich bei ihrem Unterricht an den Rahmenlehrplänen, die der Verband der Musikschulen vorgibt, orientieren. Auch in zeitlicher Hinsicht war die Frau an die Weisungen ihrer Arbeitgeberin gebunden. Mindestens einmal jährlich musste sie Schülervorspiele durch Proben vorbereiten und abhalten sowie zweimal jährlich an Konferenzen teilnehmen, die sie separat vergütet erhielt. Arbeitgeberin war eine Stadt in Baden-Württemberg.

Die Rentenversicherung stellte Sozialversicherungspflicht fest und forderte die Arbeitgeberin auf, Sozialversicherungsbeiträge zu entrichten. Die Stadt war nicht einverstanden und klagte beim Sozialgericht, verlor jedoch den Prozess. Das Verfahren ging zum Landessozialgericht, das die Rechtslage anders bewertete. Ein Beschäftigungsverhältnis der Klägerin zur Stadt bestehe nicht und infolgedessen auch keine Versicherungspflicht, heißt es im Urteil.

Die Revision zum Bundessozialgericht ließ das Landessozialgericht nicht zu. Stadt und Rentenversicherung waren mit dem Urteil einverstanden. Die Musikschullehrerin, als Betroffene im Verfahren nur beigegeben, demgegenüber nicht. Doch auch Beigeladene dürfen Rechtsmittel einlegen. Dies geschah zunächst über eine Nichtzulassungsbeschwerde und danach in einem Revisionsverfahren.

Mit seinem Urteil vom 28. Juni 2022 bestätigte das Bundessozialgericht im Wesentlichen die Entscheidung des Sozialgerichts. Die Musikschullehrerin sei aufgrund einer abhängigen Beschäftigung sozi-

alversicherungsspflichtig in allen Versicherungszweigen. Ihre Tätigkeit sei nicht nur durch die Pflicht zur persönlichen Arbeitsleistung in festgelegten Räumen gekennzeichnet, so das Bundessozialgericht. Die Beigeladene sei auch in prägender Weise in die Organisationsabläufe der Musikschule eingegliedert gewesen.

Eine Dienstleistung könne fremdbestimmt sein, wenn die Ordnung eines fremden Betriebes sie präge. Rahmenvorgaben oder reduzierte Weisungsrechte würden in solchen Fällen erst dann für eine Selbstständigkeit sprechen, wenn die Tätigkeit auch typische unternehmerische Freiheiten mit unternehmerischem Handeln und entsprechenden Risiken beinhalte. Daran fehle es jedoch in diesem Fall bei der Beigeladenen. Diese habe keinerlei unternehmerische Gestaltungsmöglichkeiten und könne im Rahmen des Vertragsverhältnisses weder eigene Schüler\*innen akquirieren bzw. auf eigene Rechnung unterrichten. Die Sozialversicherungspflicht gilt nun rückwirkend und bringt Sicherheit für die Zukunft.

**Aktenzeichen B 12 R 3/230 R**

**AKTUELLE URTEILE**

**ZUWENDUNG OHNE VERPFLICHTUNG** – (bsg) Trinkgeld kann auf den Regelsatz angerechnet werden, wenn es 10 Prozent des Regelbedarfs übersteigt. Das hat der 7. Senat des Bundessozialgerichts (BSG) entschieden. In dem Verfahren ging es um eine Klägerin aus der Gastronomie. Sie erhielt neben ihrem Erwerbseinkommen Trinkgeld in Höhe von 25 Euro pro Monat. Jobcenter und Landessozialgericht rechneten das als Erwerbseinkommen an. Dann wären ergänzende Leistungen nach dem

SGB II nicht gerechtfertigt gewesen. Das BSG sah das jedoch anders. „Das Trinkgeld ist vielmehr eine Zuwendung, die Dritte erbringen, ohne dass hierfür eine rechtliche oder sittliche Verpflichtung besteht“, heißt es in einer Pressemitteilung. Daher sei die Zahlung von Leistungen trotz des Trinkgelds unter Verweis auf § 11a, Absatz 5 SGB II gerechtfertigt.  
**Aktenzeichen B 7/14 AS 75/20 R**

**ANSPRUCH NUR BEI ERWERBSFÄHIGKEIT** – (bsg) Haben weder

Mutter noch Vater Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II, besteht für deren Kinder auch kein Anspruch auf Kinderzuschlag. Das geht aus einer Entscheidung des Bundessozialgerichts (BSG) hervor. In dem Fall waren die Eltern nicht erwerbsfähig. Das ist aber Voraussetzung für den Bezug von Leistungen aus der Grundsicherung für Arbeitssuchende. Auch kein anderes Familienmitglied erfüllte die Voraussetzungen für einen Anspruch auf Arbeitslosengeld II.  
**Aktenzeichen B 7/14 KG 1/21 R**

**IMPRESSUM**

**ver.di news**  
ERSCHEINT 18 MAL PRO JAHR  
**HERAUSGEBER:**  
VEREINTE DIENSTLEISTUNGSGEWERKSCHAFT VER.DI,  
FRANK WERNEKE, VORSITZENDER  
**CHEFREDAKTION:**  
PETRA WELZEL

**REDAKTION:** HEIKE LANGENBERG  
(VERANTWÖRTLICH), MARION LÜHRING,  
RITA SCHUHMACHER  
**MITARBEIT:** ANKE GEORGE-STENGER  
**VERLAG, LAYOUT UND DRUCK:**  
DATAGRAPHIS, WIESBADEN  
**INFOGRAFIK:** KLAUS NIESEN  
**CARTOON:** NELCARTOONS.DE

**ADRESSE:** REDAKTION VER.DI NEWS,  
PAULA-THIEDE-UFER 10, 10179 BERLIN,  
TEL.: 030 / 69 56 1069, FAX: 030 / 69 56 3012  
VERDI-NEWS@VERDI.DE, NEWS.VERDI.DE  
**HINWEIS:** DIE AUSGABE 15 ERSCHEINT  
AM 29. OKTOBER 2022  
**verdi.de**



# Chance für Morgen

REDEN – Drei Tage Diskussion über die Welt im Umbruch

(rs) Klimawandel, Ukraine-Krieg, Corona-Pandemie – unsere Welt ist im Umbruch. Wie sich Arbeit in Zeiten der Transformation neu und nachhaltig gestalten lässt, ist eine wesentliche Frage. Mit ihr haben sich die Teilnehmenden auf den ver.di-Zukunftstagen vom 28. bis 30. September gemeinsam mit Vertreter\*innen aus Gesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Politik beschäftigt.

Gastgeber Frank Werneke griff in seiner Eröffnungsrede die entscheidenden Faktoren der Transformation auf – Digitalisierung, Dekarbonisierung und Demografie, „die drei Ds“ und verwies auf die Größe der Aufgabe, für deren Bewältigung alle gesellschaftlichen Kräfte zusammenstehen müssen. Wie Transformation abläuft, wenn wir sie nicht mitgestalten, erläuterte der ver.di-Vorsitzende anhand der Um-

brüche in der Medienbranche Anfang der 1990er Jahre. Unter dem Stichwort „Multimedia“ führte – besonders im Zeitungswesen – der Umbruch zu massivem Stellenabbau und Tarifflicht. Ein abschreckendes Beispiel, wie Wandel nicht ablaufen darf. Unser Anspruch als Gewerkschaft sei es, so Werneke, die Digitalisierung in der Arbeitswelt und der Gesellschaft gemeinwohldienlich und menschengerecht zu gestalten. Dafür müssten jedoch die Regeln eines demokratischen und rechtsstaatlichen Miteinanders in die digitale Welt übersetzt werden, mahnte er an.

## Dekarbonisierung zentrale Voraussetzung

Mit Blick auf drohende weitere Trockenheitsrekorde und Deutschlands derzeitige Importabhängig-

keit von fossilen Energieträgern betonte Werneke abermals die Notwendigkeit von Klimaschutz und der Reduzierung von Treibhausgasen. Deshalb sei die Dekarbonisierung von Wirtschaft und Gesellschaft die zentrale Voraussetzung, um die notwendigen globalen Klimaziele erreichen zu können“, sagte er an die ver.di-Mitglieder gerichtet.

In seiner Rede findet er deutliche Worte: „Wie ein Junkie hat sich Deutschland von verbilligten Energieimporten aus Russland abhängig gemacht.“ Um Inflation und Preissteigerungen zu stoppen, brauche es jetzt eine Strom- und Gaspreismbremse, mit einem gesicherten Kontingent zu Preisen vor der Krise für alle Privathaushalte. Auch für Unternehmen und öffentliche Einrichtungen seien angemessene Lösungen notwendig.

## Arbeitswelt mit den Arbeitnehmer\*innen gestalten

DEMOGRAFISCHER WANDEL – Gute Arbeitsbedingungen schützen vor Personalmangel

(rs) Während der Zukunftskonferenz zeichnete der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke ein Bild der katastrophalen Situation in der Krankenhaus- und Altenpflege, aber auch in der Verwaltung oder Bildung und Erziehung, im ÖPNV. Laut der Beratungsagentur PwC Deutschland, könnten unter den jetzigen Rahmenbedingungen im Jahr 2035 vermutlich rund 1,8 Millionen Stellen im Gesundheitswesen nicht mehr besetzt werden. Hauptsächlich betroffen: Krankenhäuser und Altenpflegeheime. Die Zahl der in der Zukunft in den Gesundheits- und Erziehungsberufen zu besetzenden Stellen wird riesig sein – das liegt auch an schlechter Bezahlung. Die Arbeit in diesem Bereich leidet allgemein an mangelnder Attraktivität, zu der ein Kreislauf von hoher körperlicher und psychischer Belastung sowie personeller Unterbesetzung führt.

### 400 000 Fachkräfte

Für die Krankenhäuser fordert ver.di deshalb die Umsetzung von PPR 2.0, einem Instrument zur Personal-

bemessung für die Pflege auf Grundlage der Pflegepersonalregelung. Für den öffentlichen Dienst – zusammen mit Bund, Ländern und Gemeinden – brauche es außerdem eine gemeinsame Strategie zur Gewinnung, Bindung und Entwicklung von Fachkräften. Gemeinsam müssen wir ein bundesweit einheitliches und attraktives Ausbildungs- und Weiterbildungssystem schaffen. Allein für den Bereich Bildung und Erziehung bezifferte Werneke in seiner Eröffnungsrede den Fachkräftebedarf bis 2025 auf mindestens 400 000 Stellen.

Wernekes Forderungen ergänzte Claudia Bogedan, Geschäftsführerin der Hans-Böckler-Stiftung. Schlechte Arbeitsbedingungen würden die Personalnot noch weiter verstärken. Es sei derzeit ein Arbeitsmodell vorherrschend, nach dem viele Menschen es gar nicht schaffen, bis zum Renteneintritt zu arbeiten, erklärte sie. Das müsse sich dringend ändern – vor allem in Anbetracht von Fachkräftemangel und demografischem Wandel.

Druck und Arbeitsverdichtung führten dazu, dass viele Fachkräfte

gehen. „Viele von ihnen würden unter anderen Bedingungen zurückkommen, da gibt es ein großes Potenzial“, sagte Bogedan und ergänzte: „Überall wo es eine starke Mitbestimmung gibt, läuft es besser, gibt es weniger Fachkräftemangel. Das ist Stand der Wissenschaft.“

## Chancen nutzen, Brüche abmildern

Insgesamt drei Tage lang wurde mit Expert\*innen darüber diskutiert, wie aufkommende Chancen am besten Nutzen und Brüche abmildern können. Eine wichtige Antwort, die sich durch das gesamte Programm der Konferenz gezogen hat: Mitbestimmung in der betrieblichen Praxis.

Ohne die ver.di-Mitglieder und deren Teilhabe in den Betrieben und Dienststellen werde es nicht gehen. Eine Kollegin stellte zutreffend fest: „Die Arbeitswelt von morgen muss gemeinsam mit den Arbeitnehmer\*innen gestaltet werden, sodass sich alle wohl und gut fühlen können.“



FRANZISKA AURICH

IN P U T

## Die berufliche Praxis

**Britta Bittner, Betriebsrätin IKEA**

„Die Digitalisierung wird bei IKEA großgeschrieben, das Geschäftsmodell verändert sich – click and collect ist eine neue digitale Funktion. Für die Kolleg\*innen in der Fläche bedeutet Digitalisierung aber nur immer weniger Personal und immer mehr Druck, der ist unglaublich hoch, genauso wie der Krankenstand. Wir brauchen den Tarifvertrag Digitalisierung, H&M hat den schon, bei uns sagen sie, das geht nicht. Von ver.di erwarte ich, dass ver.di noch mehr Druck auf die Politik macht, sonst geht der Handel unter. Wir brauchen mehr Rechte in der Mitbestimmung und wir brauchen die Tarifbindung, damit wir uns nicht gegenseitig kannelalisieren.“

**Franziska Aurich, JAV im Universitätsklinikum Ulm**

„Ich mag meinen Job und ich möchte ihn auch lange ausüben können. Ich möchte in der Lage sein, den Patient\*innen die bestmöglichen Therapiemöglichkeiten zu geben. Die Arbeitsbedingungen sollten so sein, dass beides möglich ist. Das sind sie im Moment nicht. Ökologisch ist im Krankenhaus auch rein gar nichts, das muss sich ändern!“



HERMANN BUEREN: „**BEWEGT EUCH SCHNELLER!**“  
ZUR KRITIK MODERNER  
MANAGEMENTMETHODEN.  
EIN HANDBUCH.  
KELLNER VERLAG, BREMEN,  
319 SEITEN, 18,90 EURO,  
ISBN 978-3956513329

# Alles geben

**B**UCHTIPP – *Handbuch zur Analyse von Managementmethoden*

„Schnellere Wertschöpfung, mehr Effizienz, höhere Mitarbeiterzufriedenheit, mehr Innovation“ – das verspricht sich die Ing-Bank von agiler Arbeit, bezeichnet sie sich selbst doch als erste agile Bank. Auch Versicherungen, die Industrie, Verwaltungen und Kommunen setzen auf agiles Arbeiten. Ursprünglich stammte die Idee von Software-Entwicklern und -Managern, die darüber nachdachten, wie Produkte schneller und effizienter entwickelt werden könnten. Man wollte weg von der Projektarbeit, die als schwerfällig und langsam galt. Stattdessen: kurze Entwicklungszyklen, näher am Kunden, schneller auf dem Markt.

Es passierte, was immer passiert: Unternehmensberatungen

erklärten Agilität zum Trend, ach was, zum alternativlosen Glaubenssatz. Wer nicht untergehen wollte, musste auf Agilität setzen. Und wieder, sagt Hermann Bueren, war ein neues Produkt geschaffen, das Unternehmen die Möglichkeit gab, ihr Personal zu steuern und den Gewinn zu steigern.

Weil sich Unternehmen nicht einfach darauf verlassen können, dass Belegschaften gehorsam ihren Direktiven folgen, braucht es Instrumente, die sicherstellen, dass die von ihnen gekaufte Arbeitszeit tatsächlich in verausgabte Arbeitszeit umgesetzt wird. Die Managementmethoden sind das Werkzeug, um die innere Motivation der Beschäftigten zu befeuern, ihre Kreativität zu entfachen, alles zu geben – und letztlich zu tun, was den Interessen des Unternehmens dient.

Das macht auch vor den Gefühlen von Beschäftigten nicht halt. Ihre Emotionen sind Ressourcen und nutzen der Leistungssteigerung. So gibt es in Unternehmen inzwischen Feel Good Manager und Feeling Rules: „Gib dein Bestes, wenn es gefordert wird. Liebe den Kampf!“ Da mutet es geradezu altmodisch an, als SAP-Mitgründer Hasso Plattner die Belegschaft mit Appellen wie „Be-

wegt euch schneller!“ angetrieben hatte.

Der Arbeits- und Industriesociologe Hermann Bueren nimmt sich in seinem Buch Arbeitsweisen und Managementmethoden vor – vom Arbeiten mit Zielvereinbarungen über Mitarbeitergespräche, Projektarbeit bis Emotional Leadership und mehr. Er untersucht sie auf ihre Ziele, ordnet

sie historisch ein und erklärt, was sie bei Beschäftigten anrichten.

Das Handbuch eignet sich zum Stöbern und Nachschlagen für Betriebs- und Personalräte, Gewerkschaftssekretär\*innen, Aktive im Betrieb und Beschäftigte, die wissen wollen, was das Management gerade wieder als Wundermittel anpreist.

*Michaela Böhm*

## TERMINE

Am 7. November veranstalten der DGB und die Hans-Böckler-Stiftung in Berlin einen Festakt zum **70. Jubiläum des Betriebsverfassungsgesetzes von 1952**. Es legte damals die Grundlage für die betriebliche Mitbestimmung. Bei der Veranstaltung wird auch darüber diskutiert, wie die Demokratie im Betrieb in Zukunft gestärkt werden kann.

Mehr Infos: [bit.ly/3Sr6APg](https://bit.ly/3Sr6APg)

Personalräte aus der ganzen Republik treffen sich am 9. und 10. November in Berlin zum **Schöneberger Forum**. Im Rahmen dieser Fachtagung des DGB für Beschäftigte im Öffentlichen Dienst wird auch in diesem Jahr wieder der Deutsche Personalrätepreis verliehen. Das Forum findet in diesem Jahr zum 25. Mal

statt. Es steht in diesem Jahr unter dem Motto: „Am Puls der Zeit – Personalräte gestalten den Wandel!“.

Mehr Infos:

[schoenebergerforum.de](https://www.schoenebergerforum.de)

Die **ver.di-Fachtagung für die Beschäftigtenvertretung in Aufsichtsräten** findet am 16. und 17. März 2023 in der ver.di-Bundesverwaltung in Berlin statt. Schwerpunkt ist das Thema Nachhaltigkeit, verbunden mit der Frage, wie die Beschäftigtenvertretungen es nutzen können, um soziale Fragen in den Unternehmen stärker in den Vordergrund zu stellen. Erfahrungsaustausch und Fachforen bieten die Gelegenheit, Anregungen für das eigene Handeln zu entdecken. Nähere Informationen zum Programm folgen noch.

## Eintreten

„Geht in die Gewerkschaften. Das ist das Einzige, wo ihr den Arbeitgebern auf die Fresse hauen könnt.“

Peter Brings, Sänger der Kölsch-Rock-Band Brings bei einem Konzert in Berlin Anfang Oktober